

**Niederschrift**  
**über die Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 26.04.2012**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:35 Uhr

Sitzungspause: 17:55 -18:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung  
Frau Kammeier  
Frau Osthus  
Herr Schön  
Herr Weber

SPD

Frau Gorsler (bis 18.10 Uhr)  
Frau Gündogdu  
Herr Kaufmann  
Frau Schneider  
Frau Schrader

Vorsitzende  
(bis 18.10 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage stellv. Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Stellvertretendes Mitglied

Herr Schuster –BfB-

Verwaltung

Frau Dr. Delius

Frau Streubühr

Herr Norbert Wörmann

Herr Hilker

Herr Markus

Herr Linnenbürger

Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Stab Dezernat 5  
Stab Dezernat 5  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

Gäste

Frau Schellong

CDU-Fraktion

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Im Besonderen begrüßt sie Frau Gorsler, die erstmals als neues stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion an einer Sitzung des SGA teilnimmt.

Beigeordneter Herr Kähler lässt sich wegen eines unaufschiebbaren Termins entschuldigen.

Frau Rathsmann-Kronshage beantragt die Aufnahme eines gemeinsamen Antrages der SPD-, Bündnis 90/die Grünen- und FDP-Fraktion zu TOP 1.2. Vorsitzende Frau Schrader verweist auf einen Prüfauftrag des Jugendhilfeausschusses vom 18.04.2012 zu einem Haushaltsantrag der Gesellschaft für Sozialarbeit. Es gibt keine Einwände gegen die Erweiterung der Tagesordnung.

**Zu Punkt 1 Haushaltsplanberatungen 2012, 2. Lesung****Zu Punkt 1.1 Haushaltsplan 2012 für den Stab des Dezernates 5 - 095 -**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3906/2009-2014

Herr Weber bemängelt, dass die Tarifergebnisse 2012 in den Haushaltsansätzen noch nicht berücksichtigt worden seien. Vor diesem Hintergrund werde die CDU-Fraktion ihre Zustimmung nur unter dem Finanzierungsvorbehalt des Gesamthaushaltes als Empfehlung für den Rat geben. Herr Wörmann verweist diesbezüglich auf die in der vorherigen Sitzung dargelegten Gründe.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2015 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

<b>Produktgruppe</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	140.100 €	830.138 €	690.038 €
11.05.05	Arbeitsplus Bielefeld	0 €	8.484 €	8.484 €
11.05.06	REGE	30.000 €	674.485 €	644.485 €
<b>Summen</b>		<b>170.100 €</b>	<b>1.513.107 €</b>	<b>1.343.007 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05 und 11.05.06 für den Haushaltsplan 2012 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplan 2012 für den Stab des Dezernates 5 -095- wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.2****Haushaltsplan 2012 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3747/2009-2014

Auf die Frage von Herrn Dr. Schmitz führt Herr Markus aus, dass die Kommune dem Jobcenter Personal zur Verfügung stelle. Ein Großteil seien junge Kollegen direkt nach Beendigung der Ausbildung. Dadurch konnten die Personalaufwendungen des städtischen Personals im

Jobcenter reduziert werden.

Herr Dr. Schmitz erklärt für die Fraktion Die Linke, dass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, da eine 1%-ige Steigerung als nicht ausreichend gewertet werde.

Zu Fragen von Frau Dr. Ober führt Herr Hilker aus, dass durch Beobachtung der Fallzahlen im Leistungsbereich der Grundsicherung ein erhöhter Bedarf an Stellen festgestellt worden sei. Sollten die Fallzahlen wieder zurückgehen, würde verwaltungsseitig stellenplanmäßig entsprechend reagiert werden. Der Kapazitätsplan des Jobcenters werde im Stellenplan des Amtes für soziale Leistungen –Sozialamt- nicht abgebildet.

Zunächst werden die Einzelbeschlüsse unter TOP 1.2.1 bis 1.2.3 gefasst.

### **Zu Punkt 1.2.1 Haushaltsantrag des Frauennotrufes Bielefeld e. V. vom 26.03.2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4016/2009-2014

Herr Wörmann führt aus, dass der Frauennotruf Bielefeld e. V. eine Sicherung der Anschlussfinanzierung für das Beratungsangebot für Frauen mit Behinderungen ab 2013 bis 2016 beantragt habe. Das Angebot werde für die Dauer von fünf Jahren von der „Aktion Mensch“ bis 31.08.2013 gefördert. Die Förderung des fünften Jahres sei an die Bedingung geknüpft, dass eine Anschlussfinanzierung für weitere drei Jahre gewährleistet sei. Bei der Unterstützung und Integration von Frauen mit Behinderungen handele es sich um eine pflichtige Aufgabe der Kommune. Im Rahmen der Eingliederungshilfe und auch der UN-Behindertenrechtskonvention solle die Kommune behinderten Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen oder erleichtern. Da sowohl die Aufwendungen für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen als auch die Leistungen für Eingliederungshilfe in der Produktgruppe 11.05.03 (Besondere soziale Leistungen) veranschlagt seien, handele es sich um eine Verschiebung innerhalb der Produktgruppe – ohne Auswirkung auf das Produktgruppenergebnis.

Die Anwesenden zeigen sich erfreut über die Informationen. Herr Weber bittet zukünftig bereits vor den Beratungen zu klären, ob es sich um pflichtige Aufgaben handelt. Auf Nachfrage von Frau Rathsmann-Kronshage erläutert Herr Wörmann, dass die Deckung innerhalb des Dezernates gegeben sei und dem Finanz- und Personalausschuss entsprechend vorgelegt werde. Der SGA entscheide über den Antrag lediglich aus fachlicher Sicht.

Frau Schneider nimmt für die SPD-Fraktion den Antrag an und bittet um eine Beschlussfassung.

**Einzelbeschluss:**

**Dem Antrag des Vereins Frauennotruf zur Anschlussfinanzierung für die Beratung und Begleitung von Frauen mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung ab September 2013 bis August 2016 wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.2.2 Prüfauftrag des JHA vom 18.04.2012 (Antrag der Gesellschaft für Sozialarbeit zur Erweiterung der Finanzierung der Sozialberatung in der Beratungsstelle Baumheide)**

Herr Wörmann teilt mit, dass die Mittel des „Wäschedienstes“ aus dem Handlungsfeld „Senioren“ nicht für den im JHA eingebrachten Antrag (**Anlage 1**) als Deckung verwendet werden können, da der Träger mittlerweile mit dem Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- über eine andere Verwendung der Mittel in der Seniorenarbeit abschließend verhandelt habe.

Herr Weber erklärt, dass sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten werde, da ihr keine Hintergrundinformationen zu diesem Antrag vorliegen. Die Anwesenden diskutieren in diesem Zusammenhang über die Flexibilität des Mitteleinsatzes aus den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen.

Vorsitzende Frau Schrader verliest den Beschlussvorschlag.

**Einzelbeschluss:**

**Der SGA kann dem Wunsch des JHA nicht nachkommen, die Mittel des ehemaligen Wäschedienstes der GfS zur Deckung der beantragten Erweiterung der Sozialberatung in Baumheide einzusetzen, da diese Mittel auf Vorschlag des Trägers und vertraglich fixiert mit Datum vom 30.08.2011 bereits für eine andere Aufgabe im Bereich der Seniorenarbeit in Trägerschaft der GfS eingesetzt werden.**

- bei 7 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen –

-.-.-

**Zu Punkt 1.2.3 Präventive Angebote zur Vermeidung von Glücksspielsucht (gemeinsamer Antrag der SPD-, Bündnis90/Die Grünen- und FDP-Fraktion vom 26.04.2012)**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 4113/2009-2014

Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag und verweist in ihrer Antragsbegründung auf die

Stellungnahme der Verwaltung in der letzten SGA-Sitzung, in der die Notwendigkeit der Präventionsausweitung gesehen wurde. Die Mehreinnahmen aus der im Rat beschlossenen Erhöhung der Vergnügungssteuer solle nicht nur zur Haushaltssanierung, sondern auch zur Ausweitung der Präventionsangebote zur Vermeidung von Glücksspielsucht verwendet werden. Im Rahmen eines Modellprojektes, mit einer Laufzeit von drei Jahren, sollen zusätzliche Stellen geschaffen werden. Im zweiten Jahr sollen die Organisationen einen Zwischenbericht über die Präventionswirkungen bei den Betroffenen im SGA vorlegen. Der SGA solle nun eine fachliche Einschätzung vornehmen und der Finanz- und Personalausschuss müsse dann, im Rahmen der Haushaltsberatungen, über die finanzielle Deckung entscheiden.

Als Folge eines Beschlusses befürchtet Frau Osthus eine Ausweitung der bestehenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen. Herr Weber teilt die Auffassung, dass gegen die Glücksspielsucht etwas unternommen werden müsse, fordert hierzu allerdings eine verwaltungsseitige Prüfung, ob es sich bei der Bekämpfung der Glücksspielsucht um eine freiwillige oder pflichtige Aufgabe handele. Unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit sei die CDU-Fraktion durchaus zu einer fachlichen Diskussion bereit, halte es aber für fraglich, ob der Finanz- und Personalausschuss die vorgeschlagene Gegenfinanzierung akzeptiere.

Frau Geilhaar unterstützt den Antrag, gibt aber zu bedenken, dass mit der Prävention bereits in Schule und Kindergarten begonnen werden sollte. Diese Forderung wird von Herr Jung unterstützt.

Frau Rathsmann-Kronshage weist darauf hin, dass im Rahmen des Modellprojektes eine enge Zusammenarbeit zwischen den drei Organisationen erreicht werden solle. Eine generelle Ausweitung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sei nicht beabsichtigt.

Herr Buschmann bewertet eine Präventionsausweitung als ein moralisches Zeichen gegenüber den Vergnügungssteuerpflichtigen, dass mit der Erhöhung nicht nur abkassiert, sondern auch die Glücksspielsucht bekämpft werden solle.

Frau Schneider schlägt vor, das Thema auch im Jugendhilfeausschuss zu diskutieren.

Herr Dr. Schmitz bewertet den Antrag als Signal in die richtige Richtung, gibt aber zu bedenken, dass auch die mit der Fachstelle zusammenarbeitenden Selbsthilfegruppen notwendige Präventionsarbeit leisten. Auch die würden eine Budgeterhöhung begrüßen.

Frau Gorsler weist darauf hin, dass sich in einer änderbaren Gesellschaft auch die Süchte ändern. Es sollten niedrigschwellige und flexible Angebote geschaffen werden, um Hilfestellungen geben und auf wechselnde Bedarfe eingehen zu können.

Frau Cascante-Maristany hält den Antrag für nicht ausreichend und fordert von den Organisationen zunächst Konzepte, wie die Präventionserweiterung gedacht sei.

Frau Kammeier fordert eine Darstellung des Bestandes und der Gesamtzusammenhänge. Diese sollten dann im Ausschuss diskutiert und Maßnahmen beschlossen werden.

Herr Weber beantragt eine Sitzungsunterbrechung wegen Beratungsbedarfes zum Haushaltsantrag.

*Sitzungsunterbrechung 17:55 Uhr - 18:00 Uhr*

Herr Weber stellt folgenden Antrag:

„Für die Präventionserweiterung zur Vermeidung von Glücksspielsucht soll ein fach- und sachgerechtes Konzept erstellt und im SGA und im JHA vorgestellt und diskutiert werden. Die daraus resultierenden Ergebnisse sollten im Haushaltsplan 2013 Berücksichtigung finden.“

Herr Buschmann stellt klar, dass mit dem Antrag ein fachlicher Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Vergnügungssteuer und der Stellenaufstockung bei der Suchtbekämpfung dargestellt werden solle. Es bestehe nicht die Absicht, ein endgültiges Konzept vorzustellen.

Frau Cascante-Maristany schlägt vor, im Haushalt 2012 zunächst eine Mehrstelle für die Verbraucherberatung zu berücksichtigen und die anderen für 2013 vorzusehen.

Frau Dr. Ober fordert, den Antrag wie vorgelegt zu beschließen.

Vorsitzende Frau Schrader fordert die Anwesenden auf, über den Antrag zu beschließen.

### **Einzelbeschluss:**

**Der SGA empfiehlt dem Rat, soweit die Finanzierung im Finanz- und Personalausschuss festgestellt wird, die Schaffung folgender neuer Stellen zu beschließen:**

1. Um den Problemen, die sich aus Glücksspielsucht ergeben, zu begegnen, aber auch um Betroffene und Angehörige präventiv zu unterstützen, besteht der Bedarf, das bestehende Beratungsangebot auszubauen:
  - Ausweitung der **Fachstelle Glücksspielsucht** im Umfang einer Stelle als Angebot für Glücksspieler und deren Angehörige sowie für problematische und pathologisch PC- und Internetnutzer und deren Angehörige (65.000 € Personal- und Sachkosten jährlich).
  - Ausweitung des Angebots der **Schuldnerberatung** im Umfang einer Stelle mit dem Ziel, Betroffene und Angehörige auch insoweit zu beraten als sich finanzielle Folgeprobleme aus der Sucht ergeben haben (65.000 € Personal- und Sachkosten jährlich).

Neben der Sucht- und Schuldnerberatung übernimmt auch die Verbraucherberatung eine wichtige Beratungsleistung für überschuldete Haushalte. Es besteht auch hier ein Bedarf, das Beratungsangebot insoweit auszubauen durch

- Ausweitung der **Verbraucherberatung** im Umfang einer Stelle (ca. 65.000 €) mit dem Ziel, flankierende Beratungsleistungen für überschuldete Haushalte (Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Verträgen, Beratung zum Pfändungsschutzes sowie Informations- und Bildungsarbeit zur Schuldenprävention u.a. in Schulen) anzubieten.
2. Die Stellen werden ab 01.07.2012 zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren eingerichtet. Am Ende des zweiten Jahres soll ein

Bericht über den Erfolg der Präventionsarbeit erstattet werden.

3. Zur Einrichtung der Stellen sollen die bestehenden Leistungsverträge ausgeweitet werden. Hierfür fallen zusätzliche Aufwendungen im Umfange von **insgesamt ca. 195.000 € jährlich** an, die aus den Mehreinnahmen aus der Vergnügungssteuer gedeckt werden. Über die Finanzierung dieser zusätzlichen Stellen soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden werden.

- bei 6 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Vorsitzende Frau Schrader übergibt um 18:10 Uhr die Sitzungsleitung an die stellvertretende Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage.

Nach den gefassten Einzelbeschlüssen zum Haushalt 2012 bittet die stellvertretende Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die SGA-Mitglieder um die Abstimmung über die Beschlussvorlage mit der Drucks.-Nr. 3747/2009-2014

### **Beschluss:**

**Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2015 (Drucks.-Nr. 3747/2009-2014) wie folgt zu beschließen:**

#### 1. Den Zielen und Kennzahlen

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 und der von der Verwaltung vorgeschlagenen Veränderung bei den Kennzahlen zur Produktgruppe 11.05.03 wird zugestimmt.

#### 2. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	97 €	141.524 €	141.427 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	38.238.077 €	104.214.897 €	65.976.820 €
11.05.02	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	12.574.963 €	42.050.178 €	29.475.215 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	7.742.008 €	53.405.863 €	45.663.855 €
<b>Summen</b>		<b>58.555.145 €</b>	<b>199.812.462 €</b>	<b>141.257.317 €</b>

und der von der Verwaltung vorgeschlagenen haushaltsneutralen Umschichtung der Bundesmittel für die Schulsozialarbeit in das Budget des Amtes für Jugend und Familie –Jugendamt- wird, unter

Berücksichtigung des Einzelbeschlusses unter TOP 1.2.3, zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan A** der

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 34.350 €

wird zugestimmt.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushaltsplan 2012 wird zugestimmt.

5. Dem Stellenplan 2012 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.

6. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 215 bis 236 für das Jahr 2015 wird zugestimmt.

- bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen -

---

**Zu Punkt 1.3**

**Haushaltsplan 2012 ff. für die Produktgruppen 11.02.03**

**-Lebensmittel- und Schadstoffüberwachung,**

**11.02.04-Veterinärwesen/Artenschutz, 11.02.05**

**-Fleischschau, 11.07.01 - Gesundheitsförderung, 11.07.02-**

**Gutachten und Stellungnahmen, - 11.07.03 Gesundheitshilfe**

**und 11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz sowie den**

**Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär- und**

**Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3929/2009-2014

Herr Dr. Schmitz merkt an, dass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, weil die Lohnkostensteigerungen in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen keine Berücksichtigung finden und Stellenkürzungen u. a. im Bereich der Behindertenberatung enthalten seien.

Herr Weber weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion auch dieser Vorlage nur unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit zustimmen werde.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2015 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.567,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.347.219 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 22.635,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 254.207,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.114,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 67.220,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 79.224,-€ und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.596.052,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 114.000,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 665.353,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 433.208,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 593.287,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.288.691,- € wird zugestimmt.

## 2. Dem **Teilfinanzplan A**

Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 1.800 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 200,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 9.100,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 8.038,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 200,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 400,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11 02 05, 11 07 01 und 11 07 04 wird zugestimmt.
  
  4. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:
    - 11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung
    - 11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz
    - 11.02.05 Fleischhygiene
    - 11.07.01 Gesundheitsförderung
    - 11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen
    - 11.07.03 Gesundheitshilfe
    - 2.1..4 Gesundheits,- und Infektionsschutzwird zugestimmt.
  
  5. Der Fortschreibung der **HSK- Maßnahmen** des Amtes 530 (Maßnahmen Nr. 178, 179, 180, 181 und 182) wird zugestimmt. Die Maßnahmeblätter sind als **Anlage 1** beigefügt.
  
  6. Dem **Stellenplan** 2012 für das Amt 530 wird zugestimmt. Die Veränderungsliste gegenüber dem Doppelhaushalt 2010 / 2011 für das Amt 200 ist als **Anlage 3** beigefügt.
- bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage beendet die Sitzung um 18:15 Uhr.

---

Schrader  
(Vorsitzende, Versammlungsleitung  
Versammlungsleitung  
bis 18.10 Uhr)

---

Rathsmann-Kronshage  
(stellv. Vorsitzende,  
ab 18.10 Uhr)

---

Krumme  
(Schriftführerin)